

Regensburg stoppt Nazi-Aufmarsch!



Am Tag der deutschen Einheit ist Regensburg ein Stück lebenswerter geworden. Zuerst demonstrierten 7.000 Menschen friedlich gegen Neonazis und Rassismus, darunter die versammelte Rathaus-Prominenz. Am Nachmittag schließlich wurde der Nazi-Aufmarsch durch die Altstadt von an die 2.000 Menschen so lange blockiert, bis er vorzeitig beendet werden musste. Die rund 100 Nazis konnten keinen ihrer Kundgebungsplätze erreichen. Auf den folgenden Seiten lesen Sie ausführliche Berichte zum Samstag, etwas darüber wie der Regensburger Oberbürgermeister Extremismus definiert und ältere Artikel zum Bündnis, das sich gegen den Nazi-Aufmarsch formiert hat.

„Lieber solidarisch als solide arisch ...“



Fast 2.000 Menschen haben sich am Samstag den Nazis in den Weg gestellt – erfolgreich

„Wenn die Polizei nicht in der Lage ist, dieses linke Pack weg zu prügeln, müssen wir das Recht in die eigene Hand nehmen.“ Es ist etwa 15.30 Uhr als Willi Wiener diesen Satz durch die fürstliche Allee brüllt. Mehrere seiner Kameraden sind zu diesem Zeitpunkt bereits festgenommen worden – zwei Alt-Nazis aus Neumarkt und Cham hatten Messer dabei, ein anderer hatte die anwesende Presse mit Hitlergruß begrüßt.

Die etwa 100 Neonazis sitzen bereits seit einer Stunde an ihrem Abmarschplatz fest und sind sauer. Medienvertretern werden Prügel angedroht. Hunderte Menschen sind nach der Demonstration gegen Neonazis und Rassismus in die Albertstraße und den Park gekommen, um den Aufmarsch zu verhindern. Die Stadt befindet sich im Ausnahmezustand. Massive Polizeipräsenz: Mehrere Hundertschaften USK und Bereitschaft sind vor Ort, ein Hubschrauber zieht seine Kreise. Die friedliche Gegendemonstration auf dem Neupfarrplatz ist zu diesem Zeitpunkt bereits seit knapp zwei Stunden beendet.

Rund 7.000 Menschen haben dort der NPD eine deutlich Absage

erteilt, darunter die versammelte Rathaus-Prominenz, für die es aber auch Kritik gab. Der Holocaust-Überlebende Ernst Grube äußert bei der Auftaktkundgebung am Donaumarkt sein Unverständnis darüber, dass sich die Stadtregierung bei der Vorbereitung der Demonstration so zurück gehalten habe.

„Warum wird die Marschrouten verheimlicht?“, fragt Grube. „Wer fürchtet hier den Protest der Bevölkerung?“ Die Verfassung fordert zum Handeln auf, so Grube, der aus Artikel 20 des Grundgesetzes zitiert: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Nachdem die Stadt keinen Verbotversuch unternommen hat, bleibt denen, die diesen Grundsatz wörtlich nehmen nur die Blockade.

Ein Polizeisprecher schätzt ihre Zahl auf „mindestens 1.000“, andere Schätzungen sprechen von „1.600 bis 1.800“ blockadebereiten Bürgern. Welche Route die Neonazis nun eigentlich nehmen wollten, wird damit dauerhaft das Geheimnis des städtischen Ordnungsamtes bleiben. Die polizeilichen Einsatzkräfte müssen den Aufmarsch mehrfach umleiten, immer wieder stehen Menschen in den anvisierten Gassen. Die Blockaden verlaufen friedlich.

Weiter lesen auf Seite 3



Auftaktkundgebung am Donaumarkt. Rund 7.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration „Kein Platz für Neonazis und Rassismus“. Rechts im Bild: Die SPD-Landtagsabgeordnete Margit Wild mit einer Abordnung der „Apfelfront“.

Fortsetzung von Seite 2

Der Nazi-Tross kann weder den geplanten Neupfarrplatz, noch das Don-Juan-Denkmal am Alten Rathaus erreichen. Am Eisernen Steg müssen Wiener und seine Kameraden sich schließlich der Regensburger Bevölkerung beugen und ihren Aufmarsch vorzeitig beenden. Dass es – angesichts der angespannten und schwer kontrollierbaren Situation in den engen Gassen der Altstadt – zu keinen größeren Konflikten kommt, ist eigentlich ein Wunder. Diesen Eindruck bestätigen auch mehrere Polizeibeamte gegenüber unserer Redaktion.

Zum einen ist das den weitgehend deeskalierend agierenden Einsatzkräften zu verdanken – Polizeipräsident Rudolf Kraus ist in Zivilkleidung vor Ort, „über-eifrige“ USK-Einsatzkräfte werden ab und an von ihren Kollegen zurück gehalten. Andererseits liegt es aber auch an der Breite des Widerstands quer durch alle Bevölkerungsschichten, nicht so einfach als „gewaltbereite Autonome“ oder „schwarzer Block“ zu diffamieren. Auch Stadträte nehmen an den Sitzblockaden teil. Brenzlige Situationen gibt es dennoch.

Als die Nazis durch den Petersweg marschieren wollen, fliegen Steine, Teller und Flaschen aus dem Schlosspark. Die Polizei leitet durch das Parkhaus um. Verletzt wird niemand. Die Täter, von 30 Unbekannten ist im Polizeibericht die Rede, werden nicht gefasst. Be-



Frage nach der Dienstnummer des USK-Beamten. Der Polizist muss von seinen Kollegen zurück gehalten werden.

reits zuvor hat in der Obermünsterstraße ein Papiercontainer gebrannt, der gelöscht wird. Mehrere Polizeifahrzeuge werden beschädigt. Am Ende des Tages stehen 13 Festnahmen aus dem „linken Spektrum“, darunter mehrere Jugendliche, neun davon wegen

Verstoß gegen das Vermummungsverbot, eine wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, zwei weitere wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Vier Neonazis werden festgenommen. Drei Polizeibeamte werden leicht verletzt, „nicht durch Wurfgeschosse oder direkte Konfrontation“, so ein Polizeisprecher.

In der Oberen Bachgasse wird den Einsatzkräften klar: zum Neupfarrplatz gibt es kein Durchkommen. Die Kreuzung ist voller Menschen. Der Zug stoppt. Kurz wird darüber diskutiert, die Route dennoch durchzusetzen. Schließlich dreht man um. Der Hinweis der Einsatzleitung, dass ein Festhalten an der Abschlusskundgebung am Alten Rathaus zur Eskalation führen kann, wird von den Neonazis mit Johlen, Gelächter und Applaus quittiert.

„Linkes Gezeter, neun Millimeter“ oder „Ein Baum, ein Strick, ein Antifa-Genick“ wird durch die Gassen gegröhlt. Anwohner werden von der Polizei aufgefordert, zurück in ihre Häuser zu gehen.

Weiter lesen auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Von Regensburgerinnen und Regensburgern, die an den Fenstern ihren Protest zum Ausdruck bringen, schießen die Nazis Fotos, ebenso von den anwesenden Medienvertretern. Einschüchterungsmaßnahmen.

Über Bismarck- und Arnulfplatz erreicht der Aufmarsch schließlich die Keplerstraße. Und hier geht nichts mehr. Ein Durchbruchversuch des USK, die unter Brüllen auf eine erste kleinere Sitzblockade zustürmen scheitert – bis zum Fischmarkt ist die Straße voller Menschen, auch sämtliche Quergassen und den Parkplatz an der Donau machen die Bürger dicht. Sie bleiben trotz des martialischen Auftretens. Hier geht es nicht mehr weiter!

Eingekreist von Gegendemonstranten halten Wiener und

der Vorsitzende der rechtsextremen Münchner Stadtratsliste „Ausländerstopp“ unterhalb des Eisernen Stegs ihre Abschlussreden. Man versteht nur wenig, zu den Rufen der Gegendemonstranten gesellt sich der Fluglärm des Polizeihubschraubers. Dann werden die Neonazis ohne größeres Gerangel, aber unter Pfliffen und Buh-Rufen zurück zum Bahnhof eskortiert und verlassen Regensburg.

Einige unschöne Szenen bei Festnahmen mehrerer Jugendlicher durch das USK können nicht die Stimmung schmälern, die am Ende des Tages bei vielen Teilnehmern der Proteste vorherrscht: Gemeinsam hat man friedlich die Neonazis gestoppt. Ein guter Tag für Regensburg.

Von den Nazis gab es die Ankündigung, im Dezember erneut aufzumarschieren zu wollen.

Von Stefan Aigner, 05.10.09

„Der ursprünglich vorgegebene Weg musste wegen der massiven Störungen aus den Reihen der autonomen Gruppierungen, die durchgesetzt waren mit protestierenden Bürgerinnen und Bürgern und erlebnisorientierten Jugendlichen, geändert werden.“ (Aus dem Polizeibericht)

„Bischof Müller und andere Islamisten“



Diffus, dumpf und widersprüchlich: Die Hasstiraden von Willi Wiener und Co sind inhaltsleere Hetze

„Gegen Schaidinger, gegen die Mittelbayerische Zeitung und gegen den Bischof Müller“ – das skandierete Willi Wiener (Foto) bei der fünfständigen Demonstration durch die Regensburger Altstadt immer wieder. Der inhaltsleere Schwachsinn gipfelte gegen Ende des spukhaften Aufzuges in dem Spruch „Bischof Müller und andere Islamisten“.

Würde die Stiftung Warentest auch politischen Parolen auf den Zahn fühlen, dann hätten sie sicher mit „Arme Wiener Würstchen“ getitelt. Aber in der August-Ausgabe 2009 von Stiftung Warentest ging es lediglich um das essbare Wienerle und nicht um die Auseinandersetzung mit Willi Wieners Äußerungen.

Die Zusammenrottung von rechten Demonstranten, die gegen eine „Moschee neben dem Dom“ mobilisieren wollten, kann ohnehin schwerlich als politisch bezeichnet werden.

Zu diffus, zu widersprüchlich sind die Schimpf- und Hasstiraden, die durch die Megafone geschickt werden. Der „Nationale Widerstand“ spielt sich als Retter des christlichen Abendlandes auf und attackiert gleichzeitig den Regensburger Bischof.

Für was steht die Rechte, wie sieht ihr Programm aus und wie eine Zukunft, die unter dem Signum der NPD stehen würde? Populistisch werden Themen besetzt wie Kapitalismus, Gentechnik und Globalisierung. Und das einfache Rezept auf die komplexen Fragestellungen lautet: Ausländer raus, Heimat und Volk. Dümmer geht's nicht mehr. Den rechten Draht-

ziehern geht es darum, eine bestimmte Elite ins Amt zu setzen, die von Unterdrückung und Ausgrenzung profitiert. Dafür werden Mitläufer rekrutiert, Menschen, die sozial benachteiligt sind und die für ihren Frust ein Ventil gefunden haben, indem sie noch Schwächere und Minderheiten zu Sündenböcken abstempeln und diese verfolgen. Diese Verfolgung reicht von verbalen Attacken wie „Ausländer raus“ bis zu Mordanschlägen, die von Rechten verübt werden.

Keinesfalls darf man das Gefährdungspotenzial durch die Rechte unterschätzen. So lächerlich der Aufzug in Regensburg auch war; rechte Schläger und Kamerad-

schaften schüren anderorts ein Klima der Einschüchterung, in dem die Verteidigung der demokratischen und grundgesetzlichen Prinzipien nur noch schwer gelingt. Mindestens 138 rechtsextrem motivierte Morde seit 1990 zählt der Opferfonds cura. Gewalt braucht keine Argumente, ein demokratisches Gemeinwesen ist dagegen auf Bildung, Verständigung und persönliches Urteilsvermögen angewiesen.

Regensburg hat mit seinen engagierten Bürgern am 3. Oktober, am Tag der Einheit, das richtige Zeichen gesetzt. Sie haben das Erreichen des Demonstrationszieles durch die Versperrung der Zugänge verhindert. Die Einsatzkräfte der Polizei haben, bis auf wenige unschöne und völlig überflüssige Übergriffe auf minderjährige Gegendemonstranten, hervorragende Arbeit geleistet: Sie haben für Deeskalation gesorgt, der Presse ihre Arbeit erleichtert und sich nicht instrumentalisieren lassen. Denn eines darf nicht übersehen werden: Das staatliche Gewaltmonopol ist dazu da, um das Staatswesen zu schützen und nicht, um gegen Menschen vorzugehen, die für dessen Schutz auf die Straße gehen. (rd, 04.10.09)



Der Verbotversuch von Bischof Müller



Nahm in Vertretung des Regensburger Bischofs an der Demonstration teil: Domprobst Wilhelm Gegenfurtner.

„Nicht gegen Menschenrechte demonstrieren!“ Der Bischof kritisiert das Verhalten der Stadt

Breit ist das Bündnis, das für Samstag zur Demonstration gegen Neonazis und Rassismus aufruft. Seien es prominente Exponenten (fast) aller Parteien im Regensburger Stadtrat, aber auch aus Land- und Bundestag, die Rekto-

ren von Uni und FH, Kultur-, Sport- und sonstige Vereine, Gewerkschaften und linke Organisationen, die sich bereits seit Jahren antifaschistisch engagieren: Es besteht – ungeachtet gesellschaftlicher, politischer und religiöser Unterschiede – weitgehende Einigkeit in Regensburg, dass man den Aufmarsch der Neonazis nicht unkommentiert hinnehmen will. Ein positives Signal, das so vor drei Jahren – beim NPD-Bayerntag – nicht gegeben wurde. Damals verweigerten sich insbesondere kon-

servative Kreise dem Aufruf zu einer Gegenkundgebung und rieten zum Ignorieren.

Eine weitaus kritischere Frage wird im Vorfeld der morgigen Demonstration kaum behandelt: Wie will man das Verhalten der Stadt bewerten, die zum einen die Neonazi-Route streng unter Verschluss hält und zum anderen keinen Versuch unternommen hat, um den Aufmarsch zu verhindern?

Öffentlich hat in Regensburg bislang lediglich Bischof Gerhard Ludwig Müller, die Stadt aufgerufen, ihre Praxis auf den Prüfstand zu stellen. „Diese Veranstaltung der NPD stellt das Grundrecht der Religionsfreiheit und damit die Gewährleistung der freien und öffentlichen Religionsausübung durch den Staat in Frage“, so Müller in einer Pressemitteilung.

Seine Haltung: „Demonstrationen gegen die allgemein anerkannten Menschenrechte dürfen nach meiner Meinung nicht erlaubt werden.“

Die Stadt dürfte das wenig jucken. Man verbietet nicht. Bürgermeister Gerhard Weber begründet das, ebenso wie Ordnungsamtschef Alfred Santfort, mit der Rechtssprechung der Verwaltungsgerichte. Verbotversuche hätten keine Chance, so die gängige Argumentation. Weber verwies gegenüber dem Lokalsender TVA zudem auf die grundgesetzlich garantierte Demonstrationsoffentlichkeit, man wolle den Nazis keinen Triumph vor Gericht gönnen.

Eine Ansicht, über die man sicher geteilter Meinung sein kann. Nicht immer scheitern Verbotversuche. Die Stadt Wunsiedel hat hartnäckig versucht, Aufmärsche verbieten zu lassen.

Nicht nur in diesem Jahr, schon 2005, hatte man damit Erfolg, wenngleich eine Grundsatzentscheidung des Verfassungsgerichts noch aussteht. Die Stadt Hannover konnte sich – ebenfalls dieses Jahr – mit einem Verbotversuch vor Gericht durchsetzen. Erfolgreiche Verbotversuche haben bereits

zahllose Städte unternommen, zum Beispiel Friedrichshafen. Der dortige Oberbürgermeister Andreas Brand begründete das im September unter anderem damit, dass eine Verbotsvorgabe (gegen einen Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten, NPD-Jugendorganisation, Anm. d. Red.) „neben der rechtlichen auch eine inhaltliche Botschaft“ enthalte. Diese laute: „Die Jungen Nationaldemokraten sind in unserer Stadt nicht willkommen.“

Das hartnäckige Schweigen der Stadt zur Route der Neonazis ist ebenfalls diskussionswürdig. Man habe keine gesetzliche Befugnis, die Route zu veröffentlichen, lautet die Argumentation. Dabei beruft sich die Stadt auf das Versammlungsgesetz und den Datenschutz. Diese Praxis ist nicht die Regel. In Nürnberg werden die Routen von Nazi-Aufmärschen regelmäßig öffentlich, teilweise in der Presse, teilweise in den offiziellen Aufrufen der Stadt zu Gegenkundgebungen

In Regensburg wird sich dagegen erst im Nachhinein herausstellen, wie nah die Neonazis an Orten wie der jüdischen Gemeinde, Stolpersteinen oder dem Karavandenkmal vorbei marschieren durften. Dass die Abschlusskundgebung mitten in der Altstadt, am Zieroldplatz beim Alten Rathaus stattfinden kann, ist ohnehin ein Novum.

Die Verantwortung für dieses Vorgehen allein auf das Ordnungsamt abzuwälzen, wäre verfehlt. Diese städtische Behörde ist lediglich ausführendes Organ der in Regensburg praktizierten Politik.. (as, 02.10.09)

Nachtrag: Bischof Müller versuchte noch am Freitag, den Aufmarsch zu verbieten, scheiterte in zwei Instanzen. Am Montag nach der Demonstration ließen Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Ordnungsamtschef Alfred Santfort in einer Presseerklärung mitteilen, dass sie dies „befriedigt“ zur Kenntnis nähmen

„Extremisten, gleich welcher Richtung“



Demonstration am Samstag: Oberbürgermeister Hans Schaidinger erklärte sich schließlich zur Teilnahme bereit.

OB Hans Schaidinger übt sich im Vorfeld der Anti-Nazi-Demo in Gleichmacherei

Wenigstens einer in der Regensburger CSU bleibt sich selber treu. Hans Schaidinger unterstützt zwar die Demonstration gegen den Neonaziaufmarsch am kommenden Samstag, legt aber Wert auf ausgesuchte Teilnehmer. Anders kann man sein Schreiben an die Anmelder (DGB, BDKJ, Soziale Initiativen) kaum interpretieren. Schaidinger sieht das Bündnis „Kein Platz für Neonazis und Rassismus“ als breiten Zusammenschluss „gegen extremistische Tendenzen, insbesondere auch gegen rechte“.

Die Organisatoren fordert der Oberbürgermeister indessen auf, „sich klar von der Teilnahme solcher Gruppierungen zu distanzieren, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen“. Grund: „Extremisten, gleich welcher Richtung“ solle keine Plattform zur Solidarisierung geboten

werden. Diese gleichmacherische Diktion ist nicht neu.

Als im Dezember 2005 zwei Neonazi-Aufmärsche in Regensburg stattfanden, lehnten Schaidinger und die CSU ihre Teilnahme an einer Gegendemonstration ab. Begründung in einer Pressemitteilung: „Gemeinsame Aktionen mit Linksextremen kommen nicht in Frage.“ Anschließend wurde ein runder Tisch gegründet, der sich seitdem in dezidiert Schwammigkeit gegen „radikale Umtriebe“ richtet. Als im Jahr darauf der NPD-Bayerntag auf dem Grieser Spitz stattfand, war die Stadt bei den Auflagen großzügig: Es durfte Eintritt verlangt und Bier ausgeschenkt werden. Der dafür verantwortliche Oberbürgermeister riet den Regensburgern zur Ignoranz. Durch massive überregionale Kritik an diesem Verhalten sah sich die Stadtspitze schließlich genötigt, Monate später zu einer eigenen Demonstration aufzurufen. Auch damals wollten Schaidinger und die alleinregierende CSU zunächst „gegen radikale Umtriebe“ demonstrieren. Nur dem massiven Druck

mehrerer gesellschaftlicher Gruppen war es zu verdanken, dass am Ende das Motto „Rote Karte für Rechtsaußen“ stand.

Die CSU scheint dazu gelernt zu haben. Der Fraktionsvorsitzende Christian Schlegl unterstützt den Demonstrationsaufruf, ebenso MdL Franz Rieger und der Kreisvorsitzende Armin Gugau. Sie stehen mit ihren Statements auf der Liste prominenter Unterstützer, die am Montag von Andreas Schmal (DGB), Sarah Payer (BDKJ) und Reinhard Kellner (Soziale Initiativen) präsentiert wurde.

„Kein Platz für Neonazis und Rassismus“ ist erklärter Konsens. „An diesem Tag ist es egal, was die Teilnehmer des Bündnisses in anderen Fragen denken“, so ödp-Kreisrätin Claudia Wiest. Ähnlich argumentieren die SPD-Landtagsabgeordnete Margit Wild, Martha Schwitalla (Bezirksjugendring) und Domprobst Wilhelm Gegenfurtner, der im Namen des Bischofs zur Teilnahme aufrief. Die vier stehen stellvertretend für die über 50 Organisationen, die den Aufruf zur Demonstration am

Samstag unterstützen. Diese Unterstützer reichen von der katholischen Kirche bis zum buddhistischen Tempel-Verein, vom Motorrad-Club Kuhle Wampe bis zum Kunstverein Graz und eben auch von DKP, VVN, Linke und Antifa bis hin zur CSU. Abgesehen von der CSB sind übrigens alle Parteien des Regensburger Stadtrats unter dem Aufruf versammelt, ebenso die beiden Bürgermeister.

Ob Hans Schaidinger teilnimmt, weiß man bei den Organisatoren indessen nicht. Sein Schreiben lässt das offen. Eines stellte Andreas Schmal aber von vorne herein klar: „Wir werden uns nicht distanzieren. Unsere Bündnispartner lassen wir uns nicht vorschreiben.“

Ähnlich wie Schaidinger hat Andreas Schmal zufolge übrigens bisher nur die CSB reagiert. Wenn er zusichern könne, dass die Linke nicht teilnehme, werde man den Aufruf unterstützen, ließ die CSU-Abspaltung wissen. Just Schaidinger hatte Mitglieder der CSB noch vor gar nicht langer Zeit mit Verve als „rechtslastig“ gebrandmarkt. (as, 28.09.09)

Bündnis: „Volle Stadt soll Nazis stoppen“



3. Oktober, Keplerstraße: Trotz martialischen Auftretens der USK-Einheiten: Hier geht nichts mehr.

Bericht zur ersten Pressekonferenz des Bündnisses „Kein Platz für Neonazis und Rassismus“

Am Montag traf sich der „Gutmenschen-Mob“. So bezeichnet der Regensburger NPD-Vorsitzende Willi Wiener die Organisatoren (und Teilnehmer) der Demonstration gegen den von ihm organisierten Nazi-Aufmarsch am 3. Oktober. „Kein Platz für Neonazis und Rassismus in Regensburg“ lautet der Aufruf, unter dem sich bislang 25 Organisationen zusammengefunden haben.

„Das ist die gemeinsame Schnittmenge“, so Sarah Payer (BDKJ), Reinhard Kellner (Soziale Initiativen), Willi Dürr (DGB) und Andreas Schmal (DGB Jugend) unisono. Sie haben die Demonstration angemeldet, die um 12 Uhr vom Donaumarkt über Ernst-Reuter-Platz, Maximilian- und Schwarze-Bären-Straße zum Neupfarrplatz führen wird, wo die Abschlusskundgebung stattfindet. Bürgermeister Joachim Wolbergs

(SPD) hat seine Teilnahme bereits zugesagt. Entsprechendes erhoffen sich die Organisatoren auch von Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU). Andreas Schmal: „Wenn der BDKJ gemeinsam mit der Antifa demonstrieren kann, dann hoffe ich, dass das auch für den Oberbürgermeister kein Problem ist.“

Die Neonazis wollen um 14.30 Uhr am Hauptbahnhof losmarschieren und nach einer Zwischenkundgebung am Neupfarrplatz zum Zieroldplatz am Alten Rathaus. Ziel ist die Statue von Don Juan de Austria. Diese steht mit einem Fuß auf einem abgeschlagenem Türkenkopf. Erst 1978 wurde diese Statue in Regensburg aufgestellt. Man wählte die Nachbildung eines Standbilds aus dem 16. Jahrhundert. „Das ist peinlich“, meint Reinhard Kellner. „Damit bietet die Stadt eine Angriffsfläche.“ Und ein ideales Ziel für einen Aufmarsch, der sich vordergründig gegen den Moschee-Bau wendet und zur Rettung der „christlich-abendländischen Tradition Regensburgs“ berufen fühlt.

Genauer über die Route der „aufrechten Patrioten“ (O-Ton

Willi Wiener) ist nicht bekannt. Das Ordnungsamt rückt mit der Begründung, „keine Werbung für die Veranstalter“ machen zu wollen, keine Informationen heraus; ein Umstand, den der Regensburger DGB-Vorsitzende Willi Dürr als „merkwürdiges Demokratieverständnis“ bezeichnet. Schließlich unterliege das nicht der Geheimhaltung. „Jeder Regensburg muss wissen dürfen, ob die Nazis an seinem Haus vorbei marschieren.“

Verständnis gab es dagegen dafür, dass die Stadt keinen Verbotversuch unternommen hat. Angesichts der „absurden Rechtsprechung“ des Bundesverfassungsgerichts habe die Stadt kaum Chancen, glaubt Andreas Schmal. „Mittlerweile könnte man vermutlich nicht einmal mehr einen Aufmarsch der SA verbieten.“

Die Demonstration endet um 14 Uhr, eine halbe Stunde bevor die Nazis starten. Bei der Baustelle für die neue Moschee an der Straubinger Straße findet ab 11 Uhr der Tag der offenen Moschee statt. „Die Leute sollen sehen, was bei uns los ist“, so Abdelmajid Bouguendourah vom Islamisch-Ara-

bischen Kulturverein. „Wir haben nichts zu verbergen.“ Die Sozialen Initiativen veranstalten im Anschluss an die Demonstration dort ein Solidaritätsfest.

„Einige werden dort hingehen, andere werden in der Stadt bleiben und ihren Kommentar zu den Neonazis abgeben“, glaubt Andreas Schmal. Wie sich die Regensburgerinnen und Regensburger „gewaltfrei zur Wehr setzen“, bleibe jedem selbst überlassen, betont Sarah Payer. „Der Wunschtraum wäre, dass die Stadt so voll wird, dass die Nazis erst gar nicht losmarschieren können.“

Ob es tatsächlich so weit kommt? Die Polizei hat Andreas Schmal zufolge bereits angedeutet, den Aufmarsch auf jeden Fall durchsetzen zu wollen. Die Gefahrenlage wird nach offiziellen Verlautbarungen als gering eingeschätzt.

Willi Wiener versucht derweil mit Flyern und im Internet Teilnehmer zu mobilisieren. Unter anderem bei den militanten Neonazis, die sich auf der Seite des „Freien Netz Süd“ tummeln.

Von Stefan Aigner,
08.09.09

Wir haben Recht zum Widerstand!



Ernst Grube wurde als jüdisches Kind ausgegrenzt, verfolgt und schließlich nach Theresienstadt deportiert. Heute ist er einer der Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und stellvertretender Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau.

Die Rede von Ernst Grube zum Auftakt der Demonstration am 3. Oktober

Nie wieder Lager, nie wieder Verfolgung und Ausgrenzung!! Nie wieder Krieg!

Das waren meine Gedanken, Wünsche und Hoffnungen, als ich im Juni 1945, im Alter von 12 Jahren, mit meiner Schwester, Ruth und meiner Mutter aus dem Konzentrationslager Theresienstadt nach München zurück kam.

Ich war fest überzeugt: Die menschenverachtenden Ideen und die menschenverachtende Praxis der Nazis wird es in Deutschland nie mehr geben.

Nie mehr werden Menschen in Deutschland wegen ihrer Religion, ihrer Weltanschauung oder politischen Orientierung oder Herkunft verfolgt oder ausgegrenzt werden.

In der 1946 verabschiedeten

Verfassung des Freistaates Bayern, in Artikel 184 heißt es ähnlich wie später im GG in Artikel 139, „die Gültigkeit von Gesetzen, die gegen Nationalsozialismus und Militarismus gerichtet sind oder ihre Folgen beseitigen wollen, wird durch diese Verfassung nicht berührt oder beschränkt.“

Nach diesen Gesetzen kann es kein Recht geben für faschistische u. militaristische Bestrebungen und Propaganda.

Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Deutsche Soldaten sind wieder im Kriegseinsatz, Asyl suchende Menschen sind in Lager untergebracht.

Und Neonazis können wieder die Nazizeit verherrlichen. Sie verfolgen, verhöhnen, verletzen und ermorden Menschen, die bei uns leben: Menschen mit anderer Hautfarbe, mit anderer Lebensweise, Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen.

Sie verbreiten Angst und Schrecken, wollen Ausländer oder solche, die sie dafür erklären, vertreiben

und ihnen ihre religiösen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen nehmen.

Mit ihrem heutigen Aufmarsch malen die Neonazis das Schreckgespenst einer „Islamisierung“ an die Wand und hetzen im gleichen Atemzug gegen den Zionismus und Israel.

In ihrer Propaganda und Praxis machen die Nazis sehr unverhohlenen Anleihen bei ihren Vorläufern, den Hitlerfaschisten:

Jüngstes Beispiel für ihre Aufstachelung zum Völkerhass war im Wahlkampf ein Plakat, mit der Aufschrift „Stoppt die Poleninvasion“. Hier wurde dargestellt wie Krähen – sprich Polen – ihre Krallen nach dem Euro ausstrecken.

Dank der Aktivität eines Bürgermeisters in Mecklenburg, der die Plakate abhängte und vor Gericht ging, wurde dieses Plakat in 2. Instanz verboten. Im Inhalt unterscheidet sich nichts von der Propaganda der Nazis gegen Polen bei Ausbruch und während des 2. Weltkrieges.

Zur Grundlage der Politik der Neonazis und der NPD gehört die Diffamierung u. Verunglimpfung ausländischer Menschen. In Wort und Bild werden sie als nicht vollwertige Menschen dargestellt und haben deshalb für die NPD und ihren Anhang kein Recht hier zu leben. Es sind fast die gleichen Worte, die die Nazis gegen uns Juden, Sinti und Roma und viele andere benutzt haben.

In Berlin hat die NPD Briefe an 30 Bundestagskandidaten mit Migrationshintergrund verschickt, in denen die Politiker aufgefordert wurden, die „Heimreise“ anzutreten.

All das erinnert an die „Nürnberger Gesetze“ von 1935, die bestimmt haben, wer Jude ist und den jüdischen Menschen die Staatsbürgerrechte genommen haben. Deutschland sollte „judenfrei“ gemacht werden.

Mehr als 250.000 jüdische Menschen sind emigriert.

Tausende Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Künst-



Verhaftung am Bahnhof! 13 der 17 Festnahmen aus dem „linken Spektrum“ erfolgten dort, mit zum Teil völlig unnötiger Gewalt. Rechtes Foto: In der Keplerstraße verlor Polizeidirektor Wolfgang Mache die Nerven.

ler, Schriftsteller sind, um sich vor Verfolgung und Konzentrationslager zu retten, ins Ausland geflüchtet.

Nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 haben mehr als 10 000 Kinder Deutschland verlassen. Die Eltern haben sich von ihren Kindern getrennt, um deren Leben zu retten.

Das Auftreten der Neonazis, ihre Gewalt und Provokationen ist alltäglich und auch in unserer Nähe. Sie marschieren von Cham bis Gräfenberg, von München bis Regensburg, verbreiten ihre Hassparolen und immer, wenn sich die Gelegenheit bietet schlagen sie zu. Auch hier in Regensburg haben „Täter aus dem rechten Spektrum“ vor wenigen Tagen einen 39-jährigen Mann niedergeschlagen und dabei schwer verletzt.

Vor der Machtübernahme Hitlers 1933 haben viele Vertreter der Arbeiterparteien und des Bürgertums vor der Wahl Hitlers gewarnt. Wie sich der Terror der Nazis auswirkte kannten sie nicht, manches haben sie vielleicht geahnt.

Wir wissen heute wo Faschismus, Rassismus und Antisemitismus hinführt.

Um so unverständlicher ist es für mich, dass der Staat dem öffentlichen Treiben, der Gewalt und den Provokationen der Neonazis zuschaut, ja dies vielfach erst ermöglicht.

Warum gibt es kein Verbotsverfahren gegen die NPD?

Wichtig ist doch, dass der Aktionsradius der Neonazis und der NPD, eingeschränkt wird.

Unverständlich ist mir auch, dass hier in Regensburg, die Stadt-

regierung sich in der Vorbereitung unserer Demonstration so zurück gehalten hat.

Warum wird die Marschroute der Neonazis verheimlicht?

Wer fürchtet hier den Protest der Bevölkerung?

Ist es nicht notwendig, dass die Nazis auf Schritt und Tritt die Ablehnung der Bürger erfahren?

In vielen Gemeinden wehren sich auch die Bürgermeister und Kommunalpolitiker. Sie verbieten die Auftritte und Demonstrationen der Neonazis – auch dann, wenn die Obersten Gerichte diese Verbote wieder aufheben. Das aktive Wirken der Gemeinden und Verwaltungen macht deutlich was recht und Unrecht ist und zeigt Wirkung:

Wenn die NPD bei den vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen, nicht die gewünschten Ergebnisse erreicht hat, so liegt es vor allem am aktiven Handeln von Kommunalverantwortlichen und Bürgerinitiativen am Ort.

Doch die NPD baut ihre Strukturen aus und wird die „Freien Nationalisten und die verschiedenen Kameradschaften weiter unterstützen. Bezahlt wird dies zum Teil durch Wahlkampfkostenerstattung, die weit über 1 Million Euro betragen.

Durch die örtlichen Erfolge der NPD und deren Tarngruppen bei den Kommunalwahlen, werden Naziparteien ihren Einfluss ausbauen.

Und solange sie nicht verboten sind, werden sie ihre menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Politik mit Hilfe unserer Steuergelder praktizieren – auch mit Gewalt.

Als meine Verwandten, meine Onkel, Tanten und meine Cousins, als meine jüdischen Freunde, als wir abgeholt wurden, gab es niemanden mehr, der uns geholfen hätte. Es gab keine Kraft, die unsere Deportation verhindert hat. Und viele haben zugeschaut und geschwiegen als zuvor die Kommunisten, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter aus ihren Wohnungen gezerrt und in die Konzentrationslager verschleppt wurden.

Heute haben wir eine andere gesellschaftliche Situation, um dem Vordringen des Neonazismus zu begegnen. Wir leben in einer Demokratie. Unsere Verfassung fordert uns zum Handeln auf. Dort heißt es im Artikel 20 Absatz 4:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das

Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“.

Konkret heißt das, und das sage ich als jemand, der nur mit viel Glück und einem unbeugsamen Vater, der dem Druck der Nazis widerstanden hat, den Holocaust überlebt hat:

Solange Neonazis auftreten können wann und wo sie wollen, so lange Naziparteien wie die NPD oder die DVU nicht verboten werden, müssen wir uns wehren.

Bei einer Kundgebung vor drei Jahren wurde von Schülerinnen des Albrecht – Aldorfer - Gymnasiums, die Schule ohne Rassismus initiiert haben, ein Transparent getragen, das an den Oberbürgermeister der Stadt Regensburg und an den Stadtrat gerichtet war. Es lautete:

Nicht nur gegen Rechtsaußen sein – sondern auch handeln!

